

Annelie Buntenbach

Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Statement

Pressekonferenz zur Initiative für eine Reform der Minijobs

Es gilt das gesprochene Wort!

Berlin, 25. Juni 2013

DGB-Bundesvorstand
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Web: <http://www.dgb.de>
Tel.: 030 / 240 60 - 0
Fax: 030 / 240 60 - 324

Annelie Buntenbach,
Für eine Reform der Minijobs
Berlin, 25.06.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat bereits letztes Jahr einen Vorschlag für eine Reform der kleinen Arbeitsverhältnisse vorgestellt. Wir wollen die Minijobs reformieren, denn Minijobs verursachen Maxi-Probleme.

Dieser Auffassung sind nicht nur die Gewerkschaften, sondern eine Vielzahl von Verbänden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Fachwelt. Wir haben unsere gemeinsame Position in einem Aufruf deutlich gemacht, den wir Ihnen heute vorstellen möchten. 16 Verbände, die sich mit der Minijob-Problematik befassen und 23 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind einer Meinung – und diese lautet:

Wir wollen eine Reform der Minijobs.

Das ist unsere gemeinsame Aufforderung an die politischen Parteien, an die nächste Bundesregierung.

Die Politik darf die Augen vor dem Problemfall „Minijob“ nicht länger verschließen. Bei über sieben Millionen Beschäftigungsverhältnissen kann die Bundesregierung nicht so tun, als wenn Minijobs ein Randphänomen wären.

Der Minijob ist ein Fremdkörper am Arbeitsmarkt. Der Minijob hat kein einziges Versprechen der Politik gehalten – das zeigen alle wissenschaftlichen Untersuchungen. Minijobs sind kein Sprungbrett in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Auch wird Schwarzarbeit durch Minijobs nicht in legale Beschäftigung umgewandelt – im Gegenteil. Minijobs entfalten eine schnell wirkende und nachhaltige Klebewirkung – das bedeutet in der Regel: Einmal Minijob – immer Minijob.

Minijobs führen dazu, dass reguläre Vollzeit- oder Teilzeitstellen verdrängt und zerlegt werden. Aus Arbeitsplätzen werden „Jobs“ gemacht – zumeist zu miserablen Arbeitsbedingungen, schlechter Bezahlung und ohne soziale Absicherung.

Der Minijob ist der Katalysator des Niedriglohnsektors. Die besonderen Rahmenbedingungen dienen den Arbeitgebern als Hebel zum systematischen Lohndumping. Die Beschäftigten werden geködert mit der Aussicht, keine Steuern und Abgaben zahlen zu müssen, doch: Mehr als drei Viertel der Mini-Jobber erhalten einen Stundenlohn von unter 8,50 Euro.

Die Mini-Jobber sind also nicht die Gewinner, sondern die großen Verlierer am Arbeitsmarkt.

Frau Buls und Herr Bosch werden gleich noch näher darauf eingehen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Beschäftigten, vor allem Frauen, benötigen eine Perspektive auf reguläre, sozial abgesicherte Teil- oder Vollzeitbeschäftigung. Das muss das Ziel am Arbeitsmarkt

Annelie Buntenbach,
Für eine Reform der Minijobs
Berlin, 25.06.2013

sein – und nicht eine Sonder-Zone für kleine Jobs, die zum Lohndumping, zur Zerstückelung regulärer Arbeitsplätze und zur Schwarzarbeit einlädt – genau dies ist jedoch bei den derzeitigen Regeln für Minijobs der Fall.

Unser gemeinsamer Aufruf ist ein dringender Appell an die Politik, diese Fehlentwicklungen zu korrigieren. Unsere Initiative hat das Ziel, die Minijobmauer zu durchbrechen, die Gleichberechtigung am Arbeitsmarkt zu stärken und den Fachkräftebedarf zu sichern.

Dies ist für DGB ein zentrales Element für eine „Neue Ordnung der Arbeit“.